



Detailansicht des Registereintrags

BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.

Aktuell seit 22.04.2026 09:37:02

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001282
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	22.04.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Lentzeallee 107 14195 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493089781210 E-Mail-Adressen: info@bbu.de Webseiten: https://bbu.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

110.001 bis 120.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,28

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Maren Kern

Funktion: Mitglied des Vorstandes Interessenbereich

2. Prof. Dr. Klaus-Peter Hillebrand

Funktion: Mitglied des Vorstandes Prüfungsbereich

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. Maren Kern

2. Prof. Dr. Klaus-Peter Hillebrand

Gesamtzahl der Mitglieder:

339 Mitglieder am 23.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (15):

1. GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Berlin
2. AGV Arbeitgeberverband der Deutschen Immobilienwirtschaft e. V., Düsseldorf
3. Bund der Steuerzahler Deutschland e.V., Berlin
4. Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Berlin
5. Forschungsgesellschaft für Genossenschaftswesen Münster e.V., Münster
6. Genossenschaftsforum e.V., Berlin
7. Initiative Wohnen.2050 e.V., Frankfurt am Main
8. Klimaschutzpartner Berlin GbR, Berlin
9. Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V., Berlin
10. Marketinginitiative der Wohnungsbaugenossenschaften Deutschland e.V., Berlin
11. Städteforum Brandenburg, Potsdam
12. Verband Berliner Kaufleute und Industrieller e.V., Berlin
13. Vereinigung der Freunde des DIW e.V., Berlin
14. Wirtschaftsrat der CDU e. V., Berlin
15. UVB Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (26):

Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Integration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und

Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Verkehrsinfrastruktur; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Bank- und Finanzwesen; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der 1897 gegründete BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. vereint als Verband der sozialen Wohnungswirtschaft in der Hauptstadtregion öffentliche, genossenschaftliche, private und kirchliche Wohnungsunternehmen sowie sonstige dem Wohnungswesen dienende oder das Wohnungswesen fördernde Unternehmen. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Gebiet der Bundesländer Berlin und Brandenburg, mit vereinzelt Unternehmen auch in anderen Bundesländern. Der Geschäftsbetrieb des Verbandes dient nicht eigenwirtschaftlichen Bestrebungen.

Der BBU ist Prüfungsverband im Sinne des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (GenG) sowie des Artikel 25 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB). In dieser Funktion wurde ihm das Prüfungsrecht nach § 63a GenG verliehen. Der Prüfungsbereich berät darüber hinaus die Mitgliedsunternehmen in allen relevanten betriebswirtschaftlichen und steuerlichen Fragestellungen und versorgt sie mit aktuellen Informationen.

Der Verband hat im Rahmen der Vertretung und Förderung der Interessen seiner Mitglieder insbesondere die Aufgaben,

- a) wohnungswirtschaftliche und wohnungspolitische Anliegen gegenüber Politik, Gesetzgebung und Verwaltung geltend zu machen sowie die Ideen eines sozialen Wohnungs- und Städtebaus zu pflegen;
- b) den Erfahrungsaustausch in der Wohnungswirtschaft und im Städtebau zu fördern;
- c) die Belange der Wohnungswirtschaft durch Öffentlichkeitsarbeit geltend zu machen;
- d) seine Mitglieder regelmäßig und umfassend zu informieren, sie in allen wirtschaftlichen, rechtlichen und technischen Fragestellungen zu unterstützen und ihre Interessen aufeinander abzustimmen sowie
- d) Schulungs- und Weiterbildungseinrichtungen sowie dem Wohnungswesen und dem Städtebau dienende Forschung zu fördern.

Hierzu werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zu einer Vielzahl von Themenfeldern geführt, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit seiner Mitgliedsunternehmen von großer Bedeutung sind. In erster Linie geht es dabei um die Rahmenbedingungen im Wohnungsbau sowie die Bewirtschaftung des Wohnungsbestands und damit zusammenhängende Themen. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der Rahmenbedingungen zu geben.

Im Zuge dessen werden themenbezogene Diskussionsveranstaltungen sowie jährlich ein parlamentarischer Abend und ein Verbandstag durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden. Darüber hinaus werden ggf. auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Novellierung der Gefahrstoffverordnung

Beschreibung:

Es soll keine pauschale Asbestbelastung bei allen Objekten mit Baubeginn vor dem 31. Oktober 1993 unterstellt werden, da dies weitreichende Folgewirkungen hätte: sowohl auf den Umgang der Wohnungswirtschaft mit dem Schadstoff Asbest bei Modernisierung und Sanierung, aber auch im Zusammenhang mit der schlichten Nutzung der Gebäude durch Mieter*innen bis hin zur Gefährdung des Ziels der Dekarbonisierung des Gebäudebestandes.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 403/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung und anderer Arbeitsschutzverordnungen

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung und anderer Arbeitsschutzverordnungen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

GefStoffV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wohnen [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

5.730.001 bis 5.740.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[BBU_JA-2024.pdf](#)